



Kreisrätin
Bündnis 90/ Die Grünen
Birgid Röder
Hermann-Löns-Str. 10
97447 Gerolzhofen
09382/8879

Herrn Landrat
Florian Töpfer
Landratsamt Schweinfurt
Schrammstr. 1
97421 Schweinfurt

Gerolzhofen, den 18. November 2015

**„Pakt für Integration und Arbeit“
Ausbildung für jugendliche Asylbewerber**

Sehr geehrter Herr Landrat Töpfer,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN bringen folgenden Antrag zur Beratung und Empfehlung in den Kreistag ein:

Um Rechtssicherheit für junge Asylbewerber und Handwerksbetriebe gleichermaßen zu schaffen, trifft der Landkreis Schweinfurt und die Handwerkskammer für Unterfranken eine Vereinbarung für jugendliche Flüchtlinge bis 21 Jahre, die aus einem unsicheren Herkunftsstaat stammen und nach einer Ablehnung ihres Asylverfahrens in Deutschland nur geduldet werden. Nach dem Motto "Ausbildung schützt vor Abschiebung" soll jeder dieser jugendlichen Flüchtlinge, der eine Ausbildung beginnt, diese erfolgreich fortsetzt, abschließt und anschließend voraussichtlich in seinem erlernten Beruf tätig wird, die Rechtssicherheit erhalten, dass er während der Ausbildung nicht abgeschoben wird.

Begründung: Viele regionale Handwerksbetriebe scheuen davor zurück, einem jungen Flüchtling ohne sicheren Aufenthaltsstatus eine Ausbildung zu ermöglichen. Die Handwerksbetriebe befürchten, dass die ausländischen Auszubildenden während der Ausbildung das Land verlassen müssen. Mit der zu unterzeichnenden Vereinbarung zur

Arbeitsmarktintegration soll der Landkreis Schweinfurt Rechtssicherheit für alle Beteiligten schaffen, dass die betreffenden jugendlichen Flüchtlinge ihre Ausbildung zu Ende machen können. Die im Juli 2015 vorgenommenen Änderungen im § 60 a Absatz 2 des Aufenthaltsgesetz (<https://www.jurion.de/Gesetze/AufenthG/60a>) ermöglichen es den örtlichen Behörden für Ausbildungszwecke eine Duldung zu erteilen.

Diese Gruppe befindet sich derzeit in einer Zwickmühle. Wirken die Flüchtlinge bei ihrer Identitätsfeststellung mit, droht ihnen bislang die schnelle Abschiebung. Wenn der Landkreis diesen potenziellen Arbeitskräften verspricht, sie während der Ausbildung nicht abzuschieben, kann man davon ausgehen, dass sich diese Flüchtlinge anstrengen werden - denn nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung hätten die abgelehnten Asylbewerber als „qualifizierte Geduldete“ eine wesentlich höhere Chance auf eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis in Deutschland.

Die Stadt Nürnberg hat diesen Weg bereits eingeschlagen (Mainpost, 18.9.15, Seite 5): „Bislang steht im Aufenthaltsgesetz nur eine Kann-Bestimmung. Wir machen daraus eine Muss-Bestimmung. Wer eine Ausbildung macht, wird nicht abgeschoben“, sagt Wirtschaftsreferent Michael Fraas (CSU). Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) will die Metropolregion und vielleicht ganz Deutschland von dem „Nürnberger Modell“ überzeugen. „Die Unterzeichnung der Vereinbarung ist ein wichtiges Signal, dass wir jungen Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus eine berufliche Perspektive bieten wollen“, sagte Maly bei der Unterzeichnung der Vereinbarung am Donnerstag.

In Nürnberg gibt es allein 38 Schulklassen für minderjährige Flüchtlinge. Dort sollen sie in zwei Jahren die deutsche Sprache lernen und auf das Berufsleben vorbereitet werden. Die Handwerkskammer geht davon aus, dass allein in Nürnberg derzeit jährlich rund 300 Stellen im Handwerk nicht besetzt werden können. Mit der Vereinbarung wolle man auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken. „Es ist ein kleiner Schritt für das Handwerk, aber ein großer Schritt für die Flüchtlingsintegration“, so Elmar Forster von der Handwerkskammer.

Ende Oktober wurde auch im Jugendhilfeausschuss der Stadt Schweinfurt der Weg für das „Nürnberger Modell“ freigemacht. Die Stadt Schweinfurt wird mit der Handwerkskammer Unterfranken eine gemeinsame Vereinbarung schließen, die jungen Flüchtlingen ein Bleiberecht während des Ausbildungszeitraums garantiert. Die Handwerkskammer hat ihrerseits positive Signale gesandt. Wie Nürnberg nutzt nun auch die Stadt Schweinfurt die Kann-Bestimmung im Aufenthaltsgesetz aus.

Ein gutes Beispiel gibt es ebenso aus dem Landkreis Miesbach:

<http://www.integration-mb.de/pia-pakt-fuer-integration-und-arbeit.html>

Kostendeckung: Da Auszubildende in den Handwerksberufen während der Ausbildung eine Vergütung erhalten, gehen wir bei Umsetzung des Antrags eher von Einsparungen für den Landkreis aus.

*Wir stellen unseren Antrag zur Diskussion und freuen uns über Ihre Zustimmung.
Mit freundlichen Grüßen!*

*Für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen
Birgid Röder*